Amtliche Bekanntmachung

3 K 37/24

Amtsgericht Rheinberg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Donnerstag, 19.11.2026, 09:00 Uhr,
Sitzungssaal 20, Rheinstr. 67, 47495 Rheinberg

folgender Grundbesitz:

Teileigentumsgrundbuch von Alpen, Blatt 1190,
BV lfd. Nr. 1
137/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Alpen, Flur 6, Flurstück 285, Gebäude- und Freifläche, Rathausstraße 2, Größe: 390 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich vorliegend um Miteigentum, verbunden mit dem Sondereigentum an den im Erdgeschoss gelegenen nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen, im Aufteilungsplan jeweils mit Nr. 5 bezeichnet. Es hat eine Nutzungsfläche von ca. 56,74 m². Das Gebäude stammt aus dem Jahr ca. 1900 steht unter Denkmalschutz und wurde 1988 umfangreich renoviert und umgebaut.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 25.09.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

87.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.